

Beschluss des 117. Landesparteitages der FDP Hamburg vom 10. Dezember 2022

Bewohnerparken nach Hamburger Modell sofort stoppen – Gleichheitsgrundsatz muss gelten

Die vom Hamburger Senat in Hamburg eingerichteten Bewohnerparkzonen sind nicht zielführend und führen zu Ungleichheit durch einseitige Privilegierung von Einwohnern gegenüber der einpendelnden Tagesbevölkerung. Hamburg als Metropolregion ist darauf angewiesen, dass in den Polizeikommissariaten in den Innenstadtgebieten, den Klinken, Notfallpraxen und den Gastronomiebetrieben nicht nur Menschen arbeiten, die auch im Stadtgebiet wohnen. Eine Politik, die im 21. Jahrhundert versucht, in Menschen vor und Menschen innerhalb der Stadtgrenzen zu trennen, steht für provinzielle Kleinstaaterei, nicht eine moderne Metropolgesellschaft. Der Parkdruck in der Freien- und Hansestadt ist hoch und sowohl Anwohner als auch Arbeitnehmer, Einzelhändler, Handwerker, etc. leiden unter einseitigen Maßnahmen, welche weder das Stellplatzangebot verbessern noch eine realistische Alternative anbieten. Gerade Pflegekräfte oder Polizisten wohnen oft im Hamburger Umland, ohne Zugang zu leistungsfähigem ÖPNV, und pendeln daher mit dem eigenen Auto ins Stadtgebiet. Auch und gerade für Frauen bietet das Auto ein Sicherheitsgefühl und ist daher häufig die einzige zumutbare Lösung für verschiedene Strecken, wie eine aktuelle Studie der Europäischen Investitionsbank darlegt¹. Weiter steigende Zulassungszahlen sprechen für sich.

Die einseitige Privilegierung von Bewohnern, gegenüber Beschäftigten, Besuchern, Handwerkern und Kunden wird der Lebenswirklichkeit in einer Metropole nicht gerecht. Das Hamburger Anwohnerparken setzt am Symptom an, nicht an der Ursache, und löst dabei das Problem auch für Anwohner nur bedingt, da es noch nicht einmal der privilegierten Gruppe einen Anspruch auf einen Stellplatz verschafft. Seit Jahren reduziert der Senat den ohnehin knappen Parkraum in der Stadt, ohne sinnvolle Alternativen zu schaffen. Das Besucherparken ist überkompliziert und greift empfindlich in die Privatsphäre der Bürger und Bürgerinnen ein. Die Parkzonen sind

¹ <https://www.eib.org/de/stories/women-transport-climate> 18.11.2022

in Ihrem Zuschnitt starr und wenig praktikabel. Digitale und einheitliche, zeitgemäße Lösungen sind ebenfalls bis heute nicht eingeführt worden.

Bewohnerparkzonen in Gebieten mit signifikant erhöhtem Parkdruck wie dem Flughafen, dem Hauptbahnhof, dem Schanzenviertel und dem Seehafen, können und dürfen kein Modell für die ganze Stadt werden.

Die weitere Einführung von Bewohnerparkzonen, wird zukünftig zu einer unnötigen flächendeckenden Parkraumüberwachung durch die Hintertür führen. Es wird damit in die private und geschäftliche Lebensgestaltung bis vor die Haustür, der Menschen dieser Stadt, eingegriffen werden.

Eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in der ganzen Stadt lehnen wir ab. In einer Zeit wo die Bewohner und die Betriebe mit der Inflation und den gestiegenen Energiepreisen kämpfen ist das genau das falsche Signal.

Um den Bürgerinnen und Bürgern echte Alternativen aufzuzeigen muss der Senat, in gezielte Maßnahmen für den ÖPNV und die Fahrradinfrastruktur investiert, statt sich einseitig auf Vergrämuungsmaßnahmen wie den Fahrspuren- und Stellplatzrückbau zu konzentrieren. Nur ein komfortabler, sicherer und sauberer ÖPNV, auch in Randgebieten und der Metropolregion verfügbare Last Mile Angebote (Moia etc.), ausreichende Park an Ride Angebote und eine dichtere Taktung, auch in den Randzeiten, können den Verkehrs und Parkdruck im inneren Stadtbereich wirksam senken

Daher fordern die Freien Demokraten Hamburg:

- **Aussetzen der Bewohnerparkzonen und Stopp weiterer Verfahren**

Nahe wichtiger Einrichtungen, wie Kliniken und Polizeikommissariate, muss das Bewohnerparken umgehend ausgesetzt und mittelfristig abgeschafft werden. Aber auch jenseits dieser Gebiete sollen die bestehenden Anwohnerparkzonen in Ihrer jetzigen Form unverzüglich beendet werden. Sowohl Mitarbeiter als auch Nutzer von Einrichtungen wie Krankenhäusern und Polizeikommissariaten und lokalen Geschäften und Gastronomien müssen diese auf einem effizienten und sicheren, sowie bequemen Wege erreichen können. ÖPNV und Fahrrad leisten dies in vielen Teilen der Stadt nicht. Die Hamburger Bezirke planen derzeit einige weitere Anwohnerparkzonen, ohne die aufgetretenen Probleme anerkannt zu haben, gar diese behoben zu haben. Es gibt keine und bezahlbaren Parkmöglichkeiten für Menschen, die im Schichtbetrieb arbeiten.

Handwerksbetriebe und kleine Einzelhändler erhalten keine einheitlichen Sondergenehmigungen, sondern meistens eine mit hohen Gebühren belegte Ablehnung ihrer Anträge. Dabei stehen zumindest für manche der Probleme Lösungsvorschläge im Raum. Daher fordern die Freien Demokraten Senat, BVM und den LBV auf, alle laufenden Verfahren umgehend zu stoppen.

Keine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in der ganzen Stadt

In Gebieten, wo eine Parkraumbewirtschaftung sinnvoll ist, zum Beispiel in stark frequentierten Einkaufslagen fordern wir:

- **Stadtweit einheitliche und gleichwertige Sondergenehmigungen für alle parkraumbewirtschafteten Gebiete**

Entscheidungen über Sondergenehmigungen sind transparent und nach einheitlichen Kriterien über die Bezirke auszuweisen. Die Höhe der Kosten für einen Antrag auf Sondergenehmigung muss niedrig gehalten werden und sich zum Beispiel an der Größe des Fahrzeuges bemessen. Die Kosten für betriebliche Sondergenehmigungen sind zurzeit prohibitiv hoch und auch bei negativem Bescheid in voller Höhe zu entrichten. Das Benachteiligt gerade kleine Betriebe und Einzelunternehmer. Betriebe ohne die Möglichkeit, auf einen eigenen Tiefgaragen- oder Hof- Stellplatz auszuweichen, sollen die Option auf mindestens einen selbstgenutzten Stellplatz am Betriebsstandort erhalten. Sonst droht eine weitere Abwanderung von Unternehmen aus den zentralen Lagen, die zu höheren Pendlerverkehren führt. Die bestehenden Regelungen machen es für Handwerksbetriebe Pflegedienstleister und alle aufsuchenden Gewerke unnötig schwer, in Kundennähe zu parken. Hier muss dringend eine unbürokratische Lösung gefunden werden, die diese Wirtschaftsverkehre in der Metropolregion von engen und sehr teuren Kurzzeitparkregelungen befreit. Auch für Besuche in Arztpraxen reicht die vorgegebene Kurzparkzeit aufgrund der langen Wartezeiten oft nicht. Hier muss eine Flexibilisierung für die Patienten gewährleistet werden.

- **Intelligente Parkkonzepte**

Um den Parkdruck zu senken braucht es zunächst intelligente Parkkonzepte, welche in Stadt- und Gebäudeplanung berücksichtigt werden müssen. Für bestehende Quartiere braucht es innovative Modelle zur Schaffung neuen

Parkraums z.B. in Form von Mobility Hubs/Quartiersgaragen an zentralen Knotenpunkten sowie Einkaufs- und Bürogebieten, um den Parkdruck zu senken und sichere Stellplätze, auch für Fahrräder zur Verfügung zu stellen. Stellplätze müssen sich nach dem Istzustand, nicht am rechnerischen Wunschzustand orientieren. Ergänzend dazu fordern wir, dass im Hamburger Umland an allen Regionalbahnhalten und mindestens 50% der U- und S-Bahn Haltestellen kostenlose, an ÖPNV-Zeitkarten gebundene, P+R Plätze zur Verfügung stehen. Dazu gehören zum Beispiel die Nutzung von Tiefgaragen unter Neubauten, nächtliche Nutzung von bestehenden Großparkplätzen, wie bei Supermärkten, Parkhäuser sollten in der HVV Switch App zur Verfügung gestellt werden. In manchen Gegenden kann eine Parkraumbewirtschaftung dennoch sinnvoll sein, wie im Bereich von Jungfernstieg, Hauptbahnhof und Flughafen.

- **Bewohnerparkausweise für parkraumbewirtschaftete Bereiche**

Anwohner in parkraumbewirtschafteten Zonen sollen von Parkdauer und Gebühren dauerhaft befreit werden.

- **Besucherparken in parkraumbewirtschafteten Bereichen entbürokratisieren und flexibilisieren**

Die bestehende Regelung stellt für viele, nicht nur ältere Menschen, eine unüberwindbare Hürde dar. Der Beantragungsprozess ist nur digital möglich und kompliziert. Feiertage wie Heiligabend, Silvester, Pfingsten oder Ostern mit eingeschränktem ÖPNV und Taxiverkehr müssen berücksichtigt werden. Besuch, auch größerer Gruppen soll unbürokratisch möglich sein. Die bestehenden Regelungen sind hier lebensfremd.

- **Abstellflächen für Lieferverkehre und Handwerker**

Bei zukünftigen Planungen/Überplanungen ist der angemessene Bedarf für Handwerker- und Lieferverkehre, wie Anliefer- und Ladezonen in ausreichendem Maß vorab zu berücksichtigen.

- **Abstellflächen für Großfahrzeuge wie Wohnmobile und Wohnwägen**

In hochverdichteten Gebieten stellen zunehmend große Fahrzeuge wie Wohnmobile und Wohnwägen ein Problem dar. Sie blockieren als selten bewegte Fahrzeuge unverhältnismäßig viel Stellplatzfläche und gefährden die

Verkehrssicherheit, weil sie die Sicht verstellen. Für diese Gefährte soll es zum einen eine Parkzeitbegrenzung im Straßenraum geben und eine Bepreisung einer Sondergenehmigung nach Größe des Fahrzeuges. Alternativ sollen kostenpflichtige und sichere Abstellflächen in den Stadtrandlagen geschaffen werden.

- **Echte Alternativen zum (eigenen) Auto schaffen**

Um den Parkdruck in Großstädten zu reduzieren, muss es Alternativen zum eigenen Auto geben. Dies kann nur gelingen in dem es einfache und flexible Lösungen gibt und Sharing Angebote von MOIA bis ShareNow müssen im gesamten Stadtgebiet verfügbar sein, um einen Ersatz für den Weg in die Stadt mit dem eigenen Auto darzustellen. Aber auch ÖPNV- und Radnutzungsqualität sind entscheidende Faktoren für diesen Umstieg. Durch die steigenden Wohnkosten der Stadt und dem Zuzug auch im Umland muss die Freie- und Hansestadt bei der Verkehrs- und Mobilitätsplanung in den Maßstäben der Metropolregion denken.

- **Zuverlässigkeit und Sicherheit des ÖPNV**

Die leistungsfähigste und umweltfreundlichste Alternative zum Autoverkehr bleibt der Öffentliche Personennahverkehr. Dieser operiert jedoch in Hamburg an der Belastungsgrenze und vernetzt viele Orte der Metropolregion nur unzureichend. Hierbei kommt es auch auf mehr Querverbindungen an, sowie zeitnah bessere Schienenanbindung an Orten wie dem UKE oder auch in Altona. Ein entscheidender Aspekt ist auch die Sicherheit und Sauberkeit des ÖPNV. Hierzu fordern die Freien Demokraten, dass die Stadt mehr Sicherheitspersonal einsetzt und vor allem im Umfeld der wichtigen Bahnhöfe für Veränderungen sorgt.

Sunset-Klausel

Dieser Beschluss verliert seine Gültigkeit, wenn nicht anders beschlossen, am 01.01.2028.